

Information zur Gemeinschaftsunterkunft

20. Januar 2022

1 von 3

Der Ortsvorsteher leitet in die Thematik ein und führt aus, aus bekannten Gründen wird die Bekanntmachung über die Einrichtung einer neuen Gemeinschaftsunterkunft erst in einer öffentlichen Sitzung bekanntgegeben. Dennoch hat die Presse davon Wind bekommen und schon berichtet, dass im Vorderen Westen eine Gemeinschaftsunterkunft eingerichtet werden soll am Karl-Marx-Platz.

Zu diesem Thema begrüßt der Ortsvorsteher die Bürgermeisterin, Frau Ilona Friedrich, vom Sozialamt Frau Kirsten Liebehentze und Frau Anja Deiß-Fürst.

Frau Friedrich bestätigt, dass die Bekanntmachung über die Einrichtung der Gemeinschaftsunterkunft im Vorderen Westen erst heute erfolgen und vorgestellt werden sollte; dennoch sei bereits schon einiges aus der Presse zu erfahren gewesen.

Zur aktuellen Situation erläutert Frau Friedrich, dass zum ersten Mal eine Gemeinschaftsunterkunft im Vorderen Westen eingerichtet werden soll, was vom Magistrat sehr begrüßt wird.

Frau Friedrich berichtet, dass die Zahl der Geflüchteten wieder ansteige. Platz für Geflüchtete sei da, allein 166 Geflüchtete seien im letzten Quartal Kassel zugewiesen worden nach dem Königsteiner Schlüssel (regelt die Aufteilung des Länderanteils bei gemeinsamen Finanzierungen). Das sind fast so viele Geflüchtete, wie im gesamten Dreivierteljahr davor. Die Zuweisung der Geflüchteten und woher diese Menschen kommen, wird etwa 2 Wochen vor ihrem Eintreffen mitgeteilt, berichtet Frau Friedrich. Sie kommen aus Afghanistan, Belarus, Syrien, aus dem Irak/Iran und Somalia. Die Unterbringung der bei uns vor Krieg und Verfolgung Schutz suchenden Menschen beschäftigt die Stadtverwaltung in ganz besonderer Weise.

Es sei wichtig aufgrund der Pandemie auch größere Unterkünfte für die Geflüchteten zu finden, auch wegen Quarantäne.

In der geplanten Gemeinschaftsunterbringung können 67 Menschen aufgenommen werden, man gehe davon aus, dass dort Familien untergebracht werden.

Mit Beteiligten, Ämtern und Ehrenamtlichen kann in gemeinsamer Arbeit und mit kooperierenden Partnern den Schutz suchenden Menschen geholfen werden.

Der Ortsvorsteher lobt das bevorstehende Projekt und es sei selbstverständlich und wichtig, Hilfe und Schutz suchenden Menschen einen Wohnraum und Hilfe zu geben.

Auch Herr Mario Lang begrüßt die Einrichtung der Gemeinschaftsunterkunft im Stadtteil, die Lage sei sehr gut, die Kirche ist gleich daneben, eine Straßenbahnhaltestelle ist vorhanden und das Projekt, Menschen zu helfen und zu integrieren, ist eine neue Bereicherung und Herausforderung für den Stadtteil.

Auf Befragen erklärt Frau Friedrich, die Belegung ist ab April vorgesehen, manche Familien werden früher eintreffen. Wie lange sie in der Gemeinschaftsunterkunft bleiben können, kann noch nicht festgelegt werden, da viele Faktoren eine Rolle spielen, beispielsweise dauert ein Anerkennungsverfahren unterschiedlich lang, Wohnraum muss gefunden werden und die Menschen müssen integriert werden. Es gibt Geflüchtete, die ihr Anerkennungsverfahren positiv abgeschlossen haben, trotzdem leben manche von ihnen leider dennoch seit 3-4 Jahren aufgrund mangelndem Wohnraum in Gemeinschaftsunterkünften.

Frau Friedrich bedankt sich für das positive entgegengebrachte Feedback und Vertrauen des OBR bezüglich der neuen Gemeinschaftsunterkunft.

Die aufzunehmenden Geflüchteten müssen erst einmal ankommen und langsam integriert werden. Dazu gehören Sprachkurse, Hausaufgabenbetreuung und vieles mehr. Wichtig ist, dass genügend Ansprechpartner für diese Menschen da sind. Ehrenamtliche Betreuungsarbeit ist nach wie vor willkommen und gewünscht. Ohne ehrenamtliche Betreuer würde das Projekt nicht funktionieren, die Ämter sind schon über ihre Belastungsgrenzen hinaus und könnten dies allein nicht stemmen. Mit einem guten Hilfe- und Integrationskonzept in Zusammenarbeit mit Institutionen und einer Vielzahl von Trägern, Vereinen und Ehrenamtlichen kann diesen Menschen sicher gut geholfen werden, was die Stadt auch erfüllen kann. Das wird sich im Laufe der Zeit entwickeln. Für die Nachbetreuung, beispielsweise Wohnungssuche, ist dann die Caritas zuständig.

In der folgenden Diskussion wird deutlich gemacht, dass sich hier Akteure an einem Tisch setzen müssen und überlegen, was diese Menschen brauchen und wie ihnen geholfen werden kann, damit alle Beteiligten auf die verschiedenen Aufgaben und Forderungen aufgeteilt und entsprechend eingesetzt werden können.

Es sei wichtig, viele Leute zu motivieren, mitzuwirken und diesen Menschen bei ihren Bedürfnissen und Problemen zu helfen.

Ein Betreiber (Besucher der heutigen Sitzung) einer Gemeinschaftsunterkunft berichtet von positiver Zusammenarbeit mit der Caritas, Ansprechpartner seien stets vorhanden. Er selber kümmere sich auch regelmäßig um die untergebrachten Geflüchteten, es laufe alles reibungslos, das Sozialamt leistet sehr gute Arbeit.

Nach weiterer Klärung der im Raum stehenden Fragen dankt der Ortsvorsteher für die Berichterstattung und Informationen, begrüßt und unterstützt im Namen des OBR dieses Projekt und ist zuversichtlich, dass der Stadtteil Vorderer Westen die Umsetzung dieser Initiative gemeinsam mit allen Beteiligten stemmen wird. 3 von 3